

Titel	Restriktive Gestaltung von Rüstungsexporten	
AntragstellerInnen	Jusos Tübingen,	
Zur Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress, S&D-Fraktion im Europaparlament, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesparteitag	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> geändert angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Restriktive Gestaltung von Rüstungsexporten

- 1 Rüstungsexporte waren in der Historie schon immer ein Mittel außenpolitisch Einfluss
2 zu nehmen und Bündnispartner zu stärken. Bei der Frage an wen und in welchem Um-
3 fang Rüstungsgüter und Waffen geliefert werden, gehen die Meinungen weit auseinan-
4 der. Für uns ist klar, dass wir an den Export von Rüstung und Waffen hohe ethische An-
5 forderungen setzen. Die Einhaltung dieser moralischen Standpunkte sehen wir aktuell
6 nicht und fordern deswegen eine Überarbeitung von Abläufen, Gesetzen und Entschei-
7 dungsfindungen.
- 8 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf ihre Rüstungsexportpolitik schnellstmöglich
9 zu reformieren und restriktiver zu gestalten. Wir halten es für selbstverständlich, dass
10 Deutschland seiner Verantwortung damit auf internationaler Ebene gerecht wird indem
11 es einen Beitrag zur Konfliktprävention und Friedenssicherung leistet. Für uns ist es je-
12 doch völlig selbstverständlich, dass Deutschland NATO-, EU- und NATO-gleichgestellte
13 Staaten, aber auch gewisse Drittstaaten im Verteidigungsfall (Art. 51 UN-Charta) unter-
14 stützt, auch mit der Lieferung von Waffen- und Rüstungsgütern.
- 15 Waffen- und Rüstungsexporte an Saudi-Arabien können wir zurzeit nicht rechtfertigen.
16 Saudi-Arabien ist ein Staat, der die Menschenrechte offen ablehnt, ein Staat in dem Frau-
17 en fast keine Rechte haben, in dem es keine freie Meinungsäußerung oder Pressefrei-
18 heit gibt und in dem Minderheiten mit Gewalt unterdrückt werden. Zudem half es mit
19 in Nachbarländern Protestbewegungen blutig zu bekämpfen, auch mit deutscher Rüs-
20 tung. Seit 2015 führt es als Anführer einer Militärkoalition einen Krieg im Jemen, der zur
21 momentan weltweit schlimmsten humanitären Katastrophe geführt hat. Durch Luftan-
22 griffe und Seeblockaden saudischer Truppen wurde ein Krieg befeuert, der bis jetzt über
23 10.000 Jemeniten das Leben gekostet hat, wegen dem 8,4 Mio. Menschen vom Hunger-
24 tod bedroht sind – 3 Mio. davon sind Kinder unter 5 Jahren. Deshalb fordern wir ein
25 dauerhaftes Waffenembargo gegen Saudi-Arabien und alle weiteren Staaten, die sich
26 unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligen. Das Waffenembargo gegen Saudi-Arabien muss
27 solange erhalten bleiben, bis sich die Menschenrechtsbedingungen deutlich verbessern.

28 Ein Stopp von Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien ergibt aber nur dann wirklich Sinn,
29 wenn auch die Produktion deutscher Waffen vor Ort eingestellt wird. Zurzeit produ-
30 ziert Saudi-Arabien mit deutschen Lizenzen Sturmgewehre des Typs G36 von Heck-
31 ler&Koch. Diese "Kleinwaffen" verkauft Saudi-Arabien teils auch illegal an Bünd-
32 nispartner weiter. Dieser illegale Verkauf von G36 Sturmgewehren durch Saudi-Arabien
33 muss umgehend unterbunden werden, indem die entsprechenden Lizenzen entzogen
34 werden.

35 Wir halten es für zwingend notwendig die bestehenden Schlupflöcher, welche die Rüs-
36 tungsindustrie ausnutzt, um die Genehmigungspflicht deutscher Behörden zu umge-
37 hen, geschlossen werden. Allem voran muss es strengere Vorschriften geben, die dafür
38 sorgen, dass Rüstungsfirmen mit Hauptsitz in Deutschland nur dann Firmen in ande-
39 ren Staaten (NATO-, NATO-gleichgestellten- und EU-Staaten) übernehmen bzw. gründen
40 dürfen, wenn diese der deutschen Genehmigungspflicht unterliegen. Dadurch soll ver-
41 hindert werden, dass Rüstungsfirmen Waffen oder Rüstungsgüter in anderen Ländern
42 produzieren und verkaufen ohne Kontrolle durch deutsche Behörden zu unterliegen.

43 Auch fordern wir die Schließung eines weiteren Schlupflochs bei der technischen Unter-
44 stützung. Als technische Unterstützung ist es deutschen Managern erlaubt im Ausland
45 für andere Rüstungskonzerne tätig zu sein. Wir halten es für falsch unkontrollierte Hilfe
46 beim Herstellen von Rüstungsgütern zu tolerieren. Im Bereich der technischen Unter-
47 stützung gibt es bereits Einschränkungen für nicht-konventionellen Waffen. Wir fordern
48 diese Einschränkung auch auf konventionelle Waffen zu übertragen, indem sie die Au-
49 ßenwirtschaftsverordnung (AWV) erweitert und eine Genehmigungspflicht für alle Waf-
50 fengattungen einführt.

51 Die Forderung, die im Koalitionsvertrag festgehalten ist, dass grundsätzlich keine Expor-
52 te von "Kleinwaffen" an Drittstaaten mehr erfolgen sollen, müssen umgehend umgesetzt
53 werden. Auch die Lizenzvergabe zur Herstellung von "Kleinwaffen" muss umgehend ein-
54 gestellt werden.

55 Wurden Waffen- und Rüstungsexporte erstmal genehmigt (Ausfuhrgenehmigung), dau-
56 ert es in der Regel noch eine Weile bis die Ausfuhr tatsächlich stattfindet. Eine erteilte
57 Ausfuhrgenehmigung kann auch wieder entzogen werden. Jedoch besteht in einem sol-
58 chen Fall das Recht auf Entschädigung von Seiten des Bundes für die entsprechende
59 Rüstungsfirma. In Zukunft soll die Dauer von Exportgenehmigungen auf zwei Jahre be-
60 schränkt werden. Das würde die Regressforderungen deutlich erschweren.

61 Das Grundgesetz bestimmt, dass alleinig die Bundesregierung darüber zu entscheiden
62 hat, wer Kriegswaffen herstellen, befördern und in Verkehr bringen darf. Diese Entschei-
63 dung findet in der Regel im Bundessicherheitsrat statt, der aus den Vertreter*innen der
64 Ministerien des Inneren, des Äußeren, der Justiz, der Finanzen, der Wirtschaft, der Ver-
65 teidigung, der Entwicklungszusammenarbeit, der/dem Chef*in des Bundeskanzler*in-
66 nenamts und der/dem Bundeskanzler*in besteht. Dieses von der Union geführte Gre-

67 mium trifft seine Entscheidungen durch einen einfachen Mehrheitsentscheid. Wir for-
68 dern die Rückkehr zu einvernehmlichen Entscheidungen innerhalb der Regierung. Die
69 SPD muss hier Durchsetzungsvermögen beweisen!

70 Wir sind zudem der Meinung, dass nicht alleinig die Bundesregierung darüber entschei-
71 den sollte, an wen Deutschland Kriegswaffen liefert. Deshalb streben wir eine Änderung
72 des Grundgesetzes an, wonach der Bundestag in die Entscheidung über Waffenexporte
73 miteinbezogen wird. Natürlich halten wir die Geheimhaltung bestimmter außenpoliti-
74 scher Entscheidungen für wichtig und notwendig, wofür hierbei auch gesorgt werden
75 muss.

76 Kurz- und Mittelfristig fordern wir eine Reform der Rüstungsexportgesetze, welche den
77 Entscheidungsspielraum der Bundesregierung einschränkt. Die "politischen Grundsätze
78 der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern"
79 sollen nicht nur eine bloße Handlungsempfehlung bleiben, sondern auch rechtlich für
80 die Bundesregierung geltend sein.

81 Entgegen der "politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegs-
82 waffen und sonstigen Rüstungsgütern" wirkt Deutschland dennoch bei der Entwicklung
83 und bei der Produktion von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern mit. Zwischen
84 europäischen Bündnispartnern gibt es häufig Vereinbarungen, dass kein Land das ande-
85 re daran hindere Rüstungsprodukte auszuführen, auch wenn Komponenten des ande-
86 ren darin verbaut sind. So lieferten deutsche Rüstungsfirmen beispielsweise Funkgeräte
87 für den Eurofighter nach England, die diese dann an Saudi-Arabien verkaufen. Wir sehen
88 als langfristiges Ziel eine gemeinsame europäische Sicherheitsstrategie, welche auch die
89 Frage, an wen wir Rüstungsgüter exportieren beantwortet. Bis dahin muss Deutschland
90 jedoch nach seinen politischen Grundsätzen über Rüstungsexporte entscheiden. Es ist
91 nicht länger hinnehmbar, dass Deutschland weiterhin über andere EU-Staaten Waffen
92 und Rüstung, ohne Kontrolle an Krisenstaaten liefert.